

unser Gefolge. Die bis jetzt über 6000 Verhandlungen... lassen hat, wird noch dadurch vergrößert, daß wir in Deutschland 20 Vaterländer haben. An einem trassen Beispiel zeige der Redner dann, in welcher unständlichen Weise der Bureaumatismus in Deutschland gearbeitet hat. Die Sozialdemokratie trat auch seit Anfang des Krieges für einen Verständigungsfrieden ein, und daß ihre Arbeit nicht ohne Einwirkung auf die Behmann-Holtwegsche Regierung geblieben war, zeigt sein Ausspruch, daß Deutschlands Söhne ihr Blut nicht für einen fremden Feind vergießen. Unsere Arbeit für den Frieden wurde jedoch dadurch erschwert, daß sich im Lauf der Jahre Italien und Rumänien mit ausgesprochenen Eroberungsabsichten unseren Feinden angeschlossen. Seit Beginn dieses Jahres ist auch Amerika zu unseren Feinden übergetreten. Gewisse Leute in Deutschland tun allerdings so, als wenn die Macht unserer Gegner mit einer lässigen Handbewegung zu vernichten wäre. Das Mitglied des preussischen Herrenhauses, Graf Koon, will den Krieg so lange fortsetzen, bis unsere Gegner uns um Frieden bitten. Dabei läßt sich nach dreijähriger Kriegsdauer wohl feststellen, daß eine Entschleunigung durch die Waffen, wie sie in früheren Kriegen fast, diesmal nicht möglich ist.

Diese Erkenntnis führte dann zu der Aktion des Reichstags im Juli dieses Jahres. Von unsern Genossen Ebert, Koste und Hoch war die Situation gekennzeichnet worden. Ihnen schloß sich der Abg. Erzberger vom Zentrum an. So kam die bekannte Friedensentscheidung zustande, die ein Kompromiß ist. Jedoch hat die Sozialdemokratie dabei entscheidend mitgearbeitet. Die Annahme im Reichstage bewies, daß die Unbeugsamen, die den Mund nicht weit genug aufstun können, nicht die Mehrheit der Volksvertreter hinter sich haben. Noch viel weniger haben sie eine Mehrheit im Volke. Gebietseroberungen lehnt die Entschleunigung ab, desgleichen auch wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen. Das schließt jedoch nicht aus, daß die Länder, in denen die Kriegsurie am meisten tobt, gemeinjam wieder aufgebaut werden. Zu dieser kulturfördernden Arbeit könnte man sehr wohl die jungen arbeitsfähigen Leute nehmen, statt sie auf zwei bis drei Jahre zum öden Drill in die Kasernen zu stecken. Wenn die Stimmen des feindlichen Auslandes unsere Friedensresolution so wenig günstig beurteilen, so kam das auch daher, weil der Bericht über die entscheidende Reichstagsitzung durch das deutsche offiziöse Moskische Depeschembureau gänzlich entstellt wiedergegeben wurde. Bedauerlich war die Abstimmung der 20 „unabhängigen Sozialdemokraten“. Dadurch wurde in der Welt die Meinung verbreitet, als ob 116 Reichstagsabgeordnete für einen Gewaltfrieden wären.

Noch einen Erfolg kann unsere ausdauernde und kraftvolle Arbeit buchen: Das Versprechen der Krone auf baldige Einführung des geheimen, direkten und gleichen Wahlrechtes. Selbstverständlich sträubten sich die Reaktionskräfte gegen diesen Fortschritt. Jedoch werden sich Mittel und Wege finden lassen, um den Widerstand dieser Kreise zu brechen. Am Schluß seiner Ausführungen gab Genosse Bud dann ein Bild von den gewaltigen Aufgaben, die uns nach Friedensschluß harren. Was die Erde an kostbaren Schätzen wie Kohle und Erz ent-

vorgeschrittenen Industrien wie z. B. die Waffen-, Munitions- und Glaswerke müssen verstaatlicht werden. Dadurch könnte ein großer Teil der Ausgaben gedeckt werden, die der Krieg verursacht hat. Die Vermaltung in Deutschland muß einseitig organisiert und nach freihändlerischen Gesichtspunkten geführt werden. Unser kostbares Kapital ist die Arbeitskraft des Volkes. Zu deren Schutz muß die soziale Gesetzgebung ausgebaut werden. Diese Aufgaben werden wir um so schneller durchführen können, je geschlossener und mächtiger die Verbände der Arbeiterchaft sind. Notwendig dazu ist aber ein baldiger Friede. Möge daher auch bald in den Ländern jenseits der Vogesen, der Alpen, der Wolga und des schaumbedeckten Meeres der Ruf ertönen und sich mit unserm vereind allen Widerstand niederbrechend: „Krieg dem Kriege!“ (Stürmischer Beifall.)

In der Aussprache nahm dann der „oppositionelle Sozialdemokrat“ Eberlein das Wort. Seine Ausführungen bewiesen aufs deutlichste, welche Verwirrung Parteihaf und Fanatismus in den Köpfen dieser Leute angerichtet haben. Eberlein leistete sich zuerst die demagogische Unterstellung, daß gerade die Sozialdemokratie für die lange Dauer des Krieges und die Not im Innern verantwortlich sei. Dabei hatten die Ausführungen des Vorredners deutlich gezeigt, welchen schweren Kampf wir gerade gegen den Lebensmittelwucher und für den Frieden bisher geführt haben. Die Sozialdemokratie hat nach der Meinung dieses deutschen Volksgenossen am 4. August 1914 das Vaterland im Stich gelassen. Vehemente Pfuirsche bewiesen jedoch dem Redner, daß die Masse der Versammlungsbesucher eine andere Meinung von diesem bedeutsamen Tage hat. Die Friedensentscheidung des Reichstages erklärte er für bedeutungslos, da die Reichstagspartei nicht mehr die Mehrheit hinter sich hätte. Dasselbe erklärten auch die alldeutsch-reaktionären Bundesbrüder dieses „Sozialdemokraten“. Die weiteren Ausführungen Eberleins bewiesen aufs deutlichste, daß es diesen Leuten mit ihrer infamen Kampfweise gegen die Sozialdemokratie nicht auf baldige Erringung eines Friedens ankommt, sondern daß sie auf eine längere Kriegsdauer hoffen, um dann an der größeren Not ihr Partei-süppchen zu lutschen. Auf einen Verständigungsfrieden legte er kein Gewicht. Verständigung wäre ein Unding. Unsere ganze Friedensarbeit sei nur „passives Geschwätz und Komödie“. Nicht Arbeit für einen Verzichtsfrieden sei die Hauptsache, sondern Klassenkampf. (Vehemente Zurufe: „Erst wollen wir Frieden!“)

Als Genosse Gehl dann in kurzen Ausführungen auf die Schwierigkeiten hinwies, die wir bei unserer Arbeit für eine Besserung der Lebensmittelverhältnisse zu überwinden haben, ergingen sich die anwesenden Unabhängigen wieder in dem Radaumachen, das sie auch schon in der vorhergehenden Volksversammlung versucht hatten. In seinem Schlußwort wies Genosse Bud auf das Taktlose solcher Radausagen hin. Durch solchen Kampf gegen die Sozialdemokratie besorgen die „Unabhängigen“ nur die Geschäfte unserer Gegner. Die Sozialdemokratie hat durch ihre Kriegspolitik verhütet, daß Deutschland ein Opfer der äußeren Feinde wurde. Mit aller Kraft jedoch arbeiten wir auch gegen die Kriegstreiber im

Land. Oberlein hatte erklärt, daß diesem Krieg bald ein neuer folgen würde. Das dürfe nie und nimmer eintreten. Es wird nicht geschehen, wenn alle Volksgenossen mit Eifer und Fleiß daran arbeiten, daß die Sozialdemokratie bald zur mächtigsten, ausstraggebenden Partei des deutschen Volkes wird. (Stürmischer Beifall.)

Folgende Resolution wurde alsdann gegen die klein Schaar der „unabhängigen“ Störenfriede angenommen: „Die Versammlung erklärt ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Redners, der die Tätigkeit der Reichstagsmehrheit zur Beendigung des Weltkrieges durch einen Verständigungsfrieden in klünder Weise als im Interesse des deutschen Volkes und seine Zukunft liegend, dargestellt hat. Die in der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages vom 4. August 1914 aufgestellte Forderung, daß dem Kriege ein Ende gemacht wird, sobald der Weg zum Frieden geeignet ist, besteht auch für die heute versammelten Männer und Frauen noch zu recht und stimmt mit dem Willen der Reichsregierung abgegebenen Erklärung, daß das deutsche Volk nicht in den Krieg tritt, um Eroberungen zu machen, überem Die Versammelten begreifen das Wesentliche der deutschen Reichstagsmehrheit vom 19. Juli d. J. zu einem Frieden der Verständigung ohne erzwungene Gebietsvererbungen. Sie sehen in einem Verständigungsfrieden die einzige Möglichkeit, das baldige Ende des schrecklichen Weltkrieges herbeizuführen. Die bisherigen Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktion, dem Volk ein größeres Mitbestimmungsrecht an der Gesetzgebung und Verwaltung zu erringen, sind auch während des Krieges, dessen baldiges, für Deutschland glückliches Ende die Versammelten erhoffen, energisch fortzusetzen. Zur Erreichung dieser Forderungen ist vor allem die unverzügliche Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle Gesetzgebungskörperschaften dringendes Gebot. Auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung ist von den verantwortlichen Stellen alles zu tun, um die vorhandenen Bestände für die Allgemeinheit zu erfassen und an alle Versorgungsberechtigten gleichmäßig zu angemessenen Preisen zu verteilen. Nur dadurch wird die berechtigzte Unzufriedenheit über bisher bestandene Ungleichheiten beseitigt werden. Ueber die Verdächtigungen und Vermutungen der Reichstagspartei, die für einen Verständigungsfrieden eintreten, spricht die Versammlung ihre Entrüstung aus und verpflichtet für Stärkung der sozialdemokratischen Partei und Ausbreitung der sozialdemokratischen Presse einzutreten.“

In der Provinz fanden eine Reihe ähnlicher Versammlungen statt. In Steegen im Danziger Werber sprach Genosse Bud am Sonntag den 9. September in einer gut besuchten Volksversammlung, am Mittwoch den 12. in Marienburg. Die Entschleunigung fand hier einstimmige Annahme.

In Elbing hat anstelle der in Aussicht genommenen Volksversammlung, die an dem Verlangen des Stabsvertraters den Generalkommandos für das 20. Armeekorps, den Vortrag des Genossen Bud in vollständiger Niederschrift einzuzureichen, scheiterte, eine äußerst stark besuchte Mitglieder-versammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Volkshaus stattgefunden. Der Referent sprach über dasselbe Thema wie in Danzig in bekannter Frische unter wiederholter Zustimmung der Versammlung. Besonderes Interesse erweckte die überraschende und vielversprechende Mitteilung, daß Ziese am Tage vor der Versammlung frohlockend gejagt habe, Behmann Holtweg und Gröner sind nicht mehr und Scheidemann habe nunmehr nichts mehr zu sagen.

Eine Debatte fand nicht statt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Stockholmer Hoffnungen

Stockholm, 6. September. Als frühesten Termin des Zusammentritts der Stockholmer Internationalen Konferenz wird jetzt Ende Oktober, auch Anfang November bezeichnet.

Das allrussische Zentralkomitee der Gewerkschaften, das 1.400.000 organisierte Arbeiter vertritt, richtet einen Aufruf an die organisierten Arbeiter der Welt, in dem diesen die Preberhand gehalten wird und sie zur Kriegsbeendigung und zum Wiederaufbau der Internationale aufgerufen werden.

Telegraphisch telegraphierte namens des Zentralkomitees der Sowjets an die englische Labour Party und ersuchte die englische Arbeiter, die Vertretung auf der Stockholmer Konferenz zu ermöglichen. Da somit ebenfalls die Vertretung der anderen Völkerheiten, beispielsweise der Deutschen, angefordert werden konnte. Und die Vertretung aller Parteibattierungen sei doch geradezu notwendig.

Freie Fahrt nach Stockholm

Nach Stockholmer Meldungen haben die Delegierten Serbiens für die Stockholmer Konferenz, Papstgenosch und Koglerowitsch, die Erlaubnis erhalten, durch Oesterreich und Deutschland zu fahren: sie sollen während der Fahrt von einem Geheimagenten bewacht werden.

Jaures letzter Schritt

Der „Reichsdeutschen Courant“ werden vor kurzem telegraphisch seine einige Angaben gemacht über die Verhältnisse Jaures in den Tagen vor der Kriegserklärung. Der Artikel der „Humanität“, unter dem Titel: „Der letzte Schritt Jaures' war: „den Frieden“, belagert:

„Den ganzen Mittag über 31. Juli kam man in den Vorhallen der Kammer nicht als lächerliche Strohstrahlen sehen. Als Jaures kam, betragte Jaures ihn wegen der von England ausgehenden Unterhandlungen. Der Minister erwartete, daß die französische Regierung sich mit allen Mitteln anstrengen würde, um die Verhandlungen fortzusetzen. Unter großer Spannung machte der Minister darauf aufmerksam, wie groß die Verantwortung der französischen Regierung sein würde, wenn es die dringende Notwendigkeit erkennen würde, Harren Druck auf England auszuüben, was allein den Frieden retten könne. Es müßten, sagte er, nicht alle möglichen Unterhandlungen geführt werden, sondern man müßte endlich in kräftiger Sprache begründet machen, daß es in dem kommenden Konflikt viel weniger um Frankreich, als um Deutschland geht, sondern um die Welt. Jaures antwortete, daß Frankreich das Recht habe, um seine Fortschritte zu verlangen, jedoch nur möglich in der durch England erzwungenen Richtung zu gehen. Außerdem mußte die englische Regierung anerkennen, daß Frankreich die Pflicht zu haben, daß es ihm nicht folgen, sondern mit England zusammengehen werde. Wenn dieser Druck nicht mit Recht ausgeübt wird, wird das Weltfriedensgesetz verletzt und die Regierung die Verantwortung dafür tragen müssen. Es steht fest danach aus, als ob unter dem

Naht keine eigenen Interessen zu verteidigen, der Basal Ruhlands sei, das uns aus Eigennutz mit ins Verderben zieht.

Der Minister versicherte, daß er allen guten Willen habe, aber es schien, daß Watson nicht so, wie Jaures es wollte, von der dringenden Notwendigkeit des Schrittes, wozu dieser ihn treiben wollte, überzeugt war. Mit einigen Parteigenossen machte Jaures sich auf, den Ministerpräsidenten zu sprechen. Die Abordnung wurde in Abwesenheit des Ministers durch dessen Sekretär Abel Ferry empfangen. Mit einleuchtender Beredsamkeit setzte Jaures nochmals seinen Standpunkt auseinander. Ferry mußte sich dem Verstande und der Kraft Jaures beugen und sagte: „Ich bedauere, daß Sie nicht in den Ministerrat aufgenommen sind, um uns mit Ihrem Rat zu helfen.“

Unter orner Freund hat selbst den Leiern der „Humanität“ seinen Standpunkt darlegen wollen. Der abheuligste aller Unschlügen hat es ihm unmöglich gemacht... zum Schaden Frankreichs, des internationalen Sozialismus und des Weltfriedens.“

Diese Veröffentlichung ist eine gute Ergänzung der Aussagen Schombruns und Januschewitsch über die russische Robilmachung.

Nloyd Georges' Stockholm-Schwindel

N. Landow schreibt in Gorkis „Nowaja Schin“ vom 17. August: Es bedarf keines Pathos und keiner zornigen Worte. Es genügt, einige nackte Tatsachen einander gegenüberzustellen. Hier sind sie:

1. Lloyd George erwähnte im Parlament „einen nicht veröffentlichten Brief, der das Telegramm Kerenskis begleitet hatte.“
2. Sir George Buchanan erklärt den Pressevertretern, daß es ihm unbekannt sei, ob dieser Brief tatsächlich zur Abendung gelangte, und wenn dies der Fall war, ob dieser Brief in England genau in derselben Form eingelaufen ist, in der er abgeschickt wurde.
3. Terefschtschenko erklärt, daß weder ein Telegramm noch ein Brief bezüglich dieser Frage weder von ihm selbst noch von Kerenski jemals abgeschickt worden sei.
4. Von Frage ist: Wer beschuldigt Lloyd George der Lüge oder des Betruges des Textes eines Dokuments? Sein eigener Gesandter, Sir George Buchanan.
5. Von Frage weiter: Wer betrügt die erste Beschuldigung, die von Buchanan gegen Lloyd George erhoben wurde, die Beschuldigung der Lüge? Der Kollege Lloyd Georges, Terefschtschenko.
6. Die englische Regierung erklärt im Parlament, daß die russische Regierung ihre Stellung zur Stockholmer Konferenz wesentlich geändert habe.
7. Die russische Regierung erklärt durch den Mund Terefschtschenkos, daß ihre Stellung zu der Stockholmer Konferenz unverändert geblieben ist und bleibt, und daß sie „der Konferenz gegenüber auf keinen Fall eine ablehnende Haltung eingenommen habe.“
8. Wie eine von den beiden Regierungen spricht die Unwahrscheinlichkeit, Terefschenko, deren Erklärungen in dieser Frage alle ungenügend sind und keine Widersprüche enthalten, oder die Regierung, die durch den Mund von Buchanan und Terefschtschenko entweder der Lüge oder der Fälschung anheim fällt? Aus der Gegenüberstellung dieser Tatsachen geht hervor, daß die englische Regierung in der Person Lloyd Georges betrogen wird, entweder einmalig gelogen zu haben, oder aber immer wieder, daher aber auch einer Verleumdung schuldig zu sein.
9. Von Frage weiter: Wer war der Handschreiber der englischen Regierung in diesen Verhandlungen? Antwort: Die französische Botschaft.
10. Die französische Botschaft hat Lloyd George mit dem entworfenen Briefe betrogen oder gefälschten Brief Kerenskis bekannt gemacht.

7. Die französische Botschaft erklärte durch eines ihrer Mitglieder, Professor Manceau, daß Albert Thomas von Kerenski ein Telegramm erhalten habe, in dem mitgeteilt wird, Kerenski stehe der Stockholmer Konferenz ablehnend gegenüber und wünsche, daß die Konferenz nicht zustande komme.

8. Hierzu erklärt Terefschtschenko: „Die Kerenski zugeschriebenen Äußerungen gegen die Konferenz sind unrichtig.“

Auf diese Weise wird auch die französische Botschaft durch Terefschtschenko der Lüge beschuldigt.

Machen wir die Schlusstechnung: „Eingetroffen“ (in London) sind: Zwei Telegramme, eines von der Regierung, das andere persönlich von Kerenski an Albert Thomas und ein Brief, der das Telegramm Kerenskis begleitete. „Abgeschickt“ (aus Petersburg) wurde ein einziges Telegramm aus drei Teilen, in dem „keine ablehnende Haltung gegenüber der Stockholmer Konferenz zum Ausdruck kam“. Außerdem hat unser Geschäftsträger in London, Rabatow, irgendeinen Brief unbekannter Inhalts an einen unbekanntem Empfänger gerichtet. Die englische Regierung hat demnach: 1. ein Telegramm fabriziert, 2. einen Brief von Rabatow unbekannter Inhalts ausgegeben. Die französische Botschaft hat nur eine Sünde begangen: sie hat ein Telegramm von Kerenski fabriziert.

Wie nennt man diese Handlungen? Kampf für die Autokratie, für die mit Füßen getretenen Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit!

Der Papst gegen Wilson

Der „Osservatore Romano“, das päpstliche Organ, ist nach der Antwort Woodrow Wilsons auf die Friedensnote nicht erbaut. Das Blatt sagt u. a.:

„Der Präsident der Vereinigten Staaten hat vor gar nicht langer Zeit eine Reihe von Vorschlägen zur Beilegung des Weltkrieges und zur Verhütung von künftigen Kriegen gemacht, die vernünftig, so menschlich und so gerecht waren, daß der Heilige Vater sie in seine Vermittlungsnote übernommen hat. Und was sagt derselbe Herr Wilson heute, und zwar ausgerechnet in seiner Antwort auf die Friedensnote des Papstes, die verschiedene seiner eigenen Gedanken enthält? Jetzt gibt er mit einer Sicherheit, als ob er noch nie den Frieden habe vermitteln wollen, als ob er noch nie in dieser Beziehung etwas gedacht oder gesprochen hätte, die Worte aus: „Kein Friede mit der preussischen Autokratie!“. Nicht allein der Präsident der Vereinigten Staaten hat verfallen, was er früher war und was er für Grundsätze aufstellte, auch seine dienstbaren Organe, zu denen jetzt auch die „Times“ gehört, wollen von einem (wenigstens äußerlich) fredscheidenden Wilson gar nichts mehr. Das englische Blatt misshandelt einer Bismarckheit der dem Papst vorgeschlagenen Abklärung und denkt offenbar nicht im geringsten daran, daß der heute so gepriesene Woodrow Wilson genau dasselbe Mittel empfohlen hatte, und zwar unter Hinweis auf den Wirtschaftshonkoll als wirksamen Schutz gegen Vertragsbruch.“

Die katholischen Blätter in den Entente-Ländern hatten zum Teil geltend gemacht, daß der Papst und der Verband für das gleiche Ziel: „Recht geht vor Macht“ kämpften, daß sie indes bei der Beurteilung der Mittel auseinandergingen, weil der Verband die Errichtung des Friedens nur durch die Niederwerfung des preussischen Militarismus für möglich halte, während der Papst direkt den Frieden anstrebe. Auch die „Times“ hatte sich auf diesen Standpunkt gestellt. Deshalb fragt der „Osservatore Romano“: „Geht nicht der päpstliche Vorschlag „Abrüstung und Schiedsgericht“ auf Niederwerfung jedes Militarismus?“

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Würzburg für die Geschäftsjahre 1914/1917

Table with columns: Die Zahl der Jugendheim, Vorträge, Kurse, Führungen, Künstler-Vorstellungen. Includes sub-table for 'Der Abonnementstand der Arbeiter-Jugend'.

Knapp und gedrängt ist der Bericht des Parteivorstandes über die schwerste Zeit im Leben der Partei. Obwohl die Tätigkeit umfangreicher und intensiver denn je war, die Fülle des Materials geradezu nach einer umfangreichen Darstellung drängte...

Diese Berichte mit den Aktenamalgamationen über die Kriegspolitik, den 'Materialien' über die Spaltungen der Fraktion und der Partei, den Protokollen über die Verhandlungen der Reichskonferenz im September 1916, den Verhandlungen des Parteiausschusses usw. geben dem Parteitage eine breite Basis für seine Verhandlungen.

allgemeine Uebersicht über die politische Situation.

Das allgemeine Parteileben stand naturgemäß im Banne des Krieges. Die Partei bekämpfte die Kriegsgesahr so nachdrücklich und so lange sie konnte. Am 4. August aber stand sie nicht mehr vor der Frage: Krieg oder Frieden? Der Krieg war da.

„Damit halte die Partei sich zur Pflicht der Landesverteidigung bekannt. Gleichzeitig aber hat sie mit äußerster Entschiedenheit erklärt, der Krieg dürfe keinerlei Eroberungsziele haben; er müsse beendet werden, sobald die Gegner zum Frieden bereit seien. Diese Grundgedanken der Erklärung vom 4. August 1914 waren entscheidend für die Stellung der Partei zur Politik ihres Landes, wie für ihre Beziehungen zur proletarischen Internationale.“

Der Vertretung der Internationale in Stockholm wurde an der Hand von Dokumenten dafür erneut der schärfste Nachweis geleistet. Die deutsche Sozialdemokratie kann trotz häufigster Angriffe von innen und außen mit ruhigem Gewissen auf diese Tätigkeit zurückblicken. Wie ernst es ihr mit ihrer Friedensarbeit ist, dafür spricht am besten die am 19. Juli d. J. mit großer Mehrheit vom Deutschen Reichstag beschlossene Kundgebung für den Verständigungsfrieden, für einen Frieden ohne gewaltsame Gebietsveränderungen, ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen, der durch internationale Rechtsgarantien die Gleichberechtigung aller Völker dauernd sichert.

Scharf wendet der Bericht sich gegen die Eroberungspolitik. Ihnen seien „die schärfsten Methoden“ zur Bekämpfung eines Verhängnisvollens gerade recht, wenn sie behaupten: „Verrat an den Interessen des Landes sei die Herbeiführung des Ausgleichs; Bericht auf Annexionen und Entschädigungen sei Verzicht auf die Zukunft des Landes.“ In demagogisch aufgepumpten Wüsten operieren sie mit phantastischen Zahlen künftiger Steuerlasten, die der Verständigungsfrieden unseren Volk aufbürden müsse. Daß aber jeder Tag Kriegsverlängerung Tausende Menschenleben mehr kostet, daß Vernichtung blühender Menschheit der schwerste und unheilvollste Verbrechen ist, helfen sie wohlweislich nicht in Rechnung. Die Schatzen an Menschenopfern, die diese skrupellosen Interessenpolitiker nicht, Fortsetzung des Krieges bis zur Erreichung ihrer absonderlichen Ziele hieße kämpfen bis zum Weibstode der Völker, würde Europa in eine Wüste verwandeln. Ein so erkaufter Frieden wäre nur ein Scheinfriede, dem naturgemäß neue Kriege mit noch erschwerlicheren Blutvergießen folgen müßten. So sehr das deutsche Volk entschlossen ist, für seine Selbstbehauptung alle Kraft einzusetzen, so entschlossen lehnt es politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen anderer Völker ab. Es besteht heute kein Zweifel mehr, daß das die Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes ist. Der könne sich keine Regierung entgegenstellen, ebensowenig wie der zur Volkserhebung gewordenen Demokratie im Reich, Staat und Gemeinde. Vor allem handelte es sich um die Befreiung des schmachtenden Dreiklassenregimes in Preußen und ähnlicher Drahtregime in den anderen Bundesstaaten. Wenn die Technik der jetzigen Volkserhebung glauben, mit der in aller Form gegebenen Zustimmung der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen ein triviales Spiel treiben zu können, so wird sie die Entwicklung eines anderen erleben. Es muß Ernst gemacht werden mit der Demokratisierung Preußens! Nur die restlose und schnelle Durchführung der Forderung kann uns ernste Konflikte ersparen!

Dem Reichstag muß der entscheidende Einfluß auf die Geschicke des Reiches werden. Mit der „engen Führungsnahme“ zwischen Regierung und Reichstag ist es nicht getan. Zwischen den beiden entscheidenden Faktoren der deutschen Politik muß ein festgelegtes Vertrauensverhältnis hergestellt werden: ein Vertrauensverhältnis, das nur beruhen kann auf dem demokratisch-parlamentarischen System. Der Reichstag kann sich nicht länger mehr mit der Rolle des Kontrollorgans und des Kritikers der Reichspolitik begnügen. Die Liquidierung des Krieges, die großen Zukunftsaufgaben des Reiches sind Schicksalsfragen für unser Volk. Ihre Entscheidung darf nicht in der Hand einer Oberbehörde liegen, die zum Volk in keinerlei Vertrauensverhältnis steht. Das deutsche Volk hat diese Verantwortung selbst in die Hand genommen. Es will sein zukünftiges Schicksal selbst bestimmen. Wer läßt ihn! Es will sein zukünftiges Schicksal selbst bestimmen. Wer läßt ihn! Es will sein zukünftiges Schicksal selbst bestimmen. Wer läßt ihn!

Der Krieg hat die Partei auch vor große wirtschaftliche Aufgaben gestellt. Zur Sicherstellung der Volksernährung ist der Parteivorstand gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften unangesehnt tätig gewesen. Schon am 13. August 1914 unterbreitete er der Regierung ein Programm für die Organisation unterbreiteter Ernährung. Der Reichskonferenz der Partei lag bereits die

Zusammenstellung von 13, teilweise sehr umfangreicher Denkschriften an die Regierung vor, die sich mit den Ernährungsfragen befaßten. So unbefriedigend unsere Ernährungsverhältnisse auch sind, ohne die hingebende und lästige Arbeit der Parteivertreter wäre es schwer noch schlimmer um sie bestellt. Die Differenzen in der Partei erfahren in dem Bericht keine besondere Behandlung. Trotzdem klingen sie unausgesetzt aus der knappen Darstellung der gefaßten Beschlüsse und Beratungen heraus. Die Reichskonferenz im September 1916, die der Partei die drohende Einheit erhalten sollte, wurde von der Opposition vor, während und nach der Tagung diskreditiert. Durch eine lächerliche Obstruktion suchte man die Konferenz wirkungslos zu machen und sabotierte zielbewußt ihre Arbeit. Triumphierend verkündete dort einer ihrer lautesten Auser: „Was hier die Konferenz bezwecken soll, das wird sie nicht erreichen. Sie sehen, daß hier Gegenstände vorhanden sind, die unzerstörbar sind.“ Die überaus große Mehrheit der Konferenz stimmte einem Friedensmanifest zu, billigte die Bewilligung der Kriegsgeldsteuer und verurteilte die von der Opposition herbeigeführte Spaltung der Reichstagsfraktion. Die Konferenz protestierte gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, verlangte Demokratisierung der Verfassung, der inneren und äußeren Verwaltung und durchgreifende Maßnahmen in der Nahrungsmittelversorgung.

Die Organisation

der Partei ist durch den Krieg allerdings arg in Mitleidenschaft gezogen. Der über das Reich verhängte Belagerungszustand hatte in den Grenzbezirken die Auflösung der politischen Organisationen zur Folge. Fast die Hälfte unserer männlichen Mitglieder wurden bereits in der ersten Zeit des Krieges von der Einberufung zum Heeresdienst betroffen. Inzwischen hat sich diese Zahl auf zirka 75 Prozent der gesamten männlichen Mitglieder gesteigert. Zu einer weiteren zahlenmäßig nicht feststellbaren Schwächung der Partei hat die vermissende Agitation der Opposition, die schließlich zur Spaltung der Partei führte, beigetragen.

Leider ist auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erheblich gesunken. Die Ursache wird zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß bei Kriegsbeginn die Kriegserfrauen meistens von Beiträgen befreit wurden, mit dieser als sich erklärenden Maßnahme aber auch vielfach die Führung mit der Organisation verloren ging.

Die Spaltung brachte Mitgliederverluste in den Bezirken Groß-Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Oldenburg, Niederhessen, Braunschweig, Halle, Erfurt und Groß-Büdingen. Die übrigen Bezirke wurden weniger, ein großer Teil gar nicht davon berührt.

Die dem Bericht beigefügte Tabelle über die Mitgliederzahl in den einzelnen Bezirken gibt kein vollständiges Bild über die tatsächliche Stärke der Organisation. Bei dem Mangel an zuverlässigen Funktionsberichten wurde vielfach nur mangelhaft berichtet. Nach dem großen Zulauf, den die Organisationen durch die erfolgreiche Werbearbeit der „roten Woche“ im Jahre 1914 erfuhr, betrug die Gesamtmitgliederzahl

Table with columns: am 31. März 1914, 1915, 1916, 1917. Includes sub-table for 'Die Frauenbewegung'.

Die Zahlen zeigen die Wirkungen des Krieges wie des Parteistritts mit großer Deutlichkeit. Sie sind ein Warnungszeichen, aber auch ein starker Ansporn, der Gefahr zu begegnen, die in einer weiteren Schwächung der Organisation liegt. Die Sozialdemokratie hat im Kriege so gewaltige moralische Eroberungen gemacht, daß es gelingen muß, diese auch organisatorisch auszunützen.

Die Frauenbewegung

hat dazu ebenfalls wirkungsvolle Arbeit geleistet. Die verschiedenen Aufrufe und Direktiven des Parteivorstandes zum Kriegsnut und Lebensmittelfrage gaben auch ihr die Richtung für ihr Handeln. Konnte schon vor dem Kriege von einer stetig zunehmenden kommunalen Mitarbeit unserer Genossinnen berichtet werden, so hat die jetzige Arbeit unserer Genossinnen auf kommunalen und sozialpolitischen Gebieten sich ganz gewaltig vermehrt. Nebenbei läßt eine nicht zu unterschätzende soziale Arbeitsleistung in den verschiedensten Vereinen. Von den 47 befragten Parteibezirken berichteten 31 von steter Mitarbeit unserer Genossinnen in Preisprüfungsstellen, Lebensmittelkommissionen und Ämtern, in der Volkstüchchenausschüssen und Kriegsvorforgewerkschaften, in der Kriegsbeschäftigten- und Mutterfürsorge, in Säuglings-, Kinder- und Mutterfürsorge, in der Jugendfürsorge, als Kontrollantin auf dem Lebensmittelmarkt und in Beschwerdefunktionen.

An öffentlichen Frauenversammlungen fanden in den drei Berichtsjahren 1107 statt. Den Vorständen gehörten am 31. März 1917 377 Genossinnen an. Eine Frauenkonferenz für das ganze Reich fand am 7. und 8. Juli d. J. statt mit der Tagesordnung: 1. Die Frauen in der Kriegswirtschaft, 2. Unsere Agitation, 3. Das Frauenwahlrecht, zu der aus 38 Bezirken 59 Delegierte erschienen.

Eine unmittelbare Folge der Reichskonferenz war, daß von einzelnen Bezirken und Kreisen wieder Agitationsveranstaltungen und planmäßige Werbeaktionen für „Gleichheit“ und Partei eingeleitet wurden. Sowohl nach dem Verlauf der Tagung, wie auch nach ihren unmittelbaren Folgen in den Bezirken ist zu hoffen, daß die Reichsfrauenkonferenz angesehen werden kann als vorbeugender Aufsatz zu neuer Arbeit der Genossinnen im Dienste des Sozialismus.

Die Jugendbewegung

Bei Kriegsausbruch zählten wir 837 Jugendausschüsse, 38 Bezirksleitungen und 198 300 Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“. Der Krieg mit seinen mehr und mehr unerwünschten Begleiterscheinungen hat auch die Jugendbewegung in Mitleidenschaft gezogen. Besonders die fortgeschrittenen Einberufungen, die uns unsere besten und tüchtigsten Kräfte entzogen, hat die Jugendbewegung an vielen Orten lahmgelegt. Sie blieb auch von Spaltungsversuchen nicht verschont. Schon kurz nach Beginn des Krieges traten hier die Treibereien gemäßigter, jeder Verantwortung baren Elemente ein. Diese Treibereien, deren Träger durchweg die älteren, der Jugendbewegung längst entzogenen Jugendlichen wurden, führten zum Boykott der „Arbeiter-Jugend“ und zur Auflösung von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend — und damit zur Spaltung. Diese Spaltung wurde nicht allein von den Spartakusanhängern, sondern auch neuerdings auch von den Anhängern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei herbeigeführt. Dagegen wurden die möglichen Abwehrmaßnahmen durch die Zentralstelle getroffen.

Die Frage der militärischen Jugendausbildung berief am 25. Oktober 1914 eine Konferenz der Bezirksleitungen, die nach eingehender Aussprache beschloß, die Beteiligung an den militärischen Jugendkampagnen abzulehnen.

Auch gegen den Spitzzwang und die sonstigen die Jugend betreffenden Kriegsverordnungen der Generalkommandos wachte die Zentralstelle wiederholt, sowohl durch unsere Vertreter im Parlament, als auch durch eine ausführlich begründete Eingabe an das preussische Kriegsministerium, die die Aufhebung dieser Erlasse forderte. Die Zahl der Jugendausschüsse betrug am 1. April 1915 zirka 500, am 1. April 1916 zirka 400 und am 1. April 1917 etwa 300.

Das Bildungsweien

hat während der Berichtszeit, begreiflich genug, am ärgsten gelitten. Von den Einrichtungen des Zentral-Bildungsausschusses hat die Lichtbildzentrale den Krieg am besten überstanden. Schon in Friedenszeiten zogen Lichtbildvorträge größere Kreise von Zuhörern leichter an als andere Vorträge. In der Kriegszeit waren bis in den dritten Kriegswinter hinein Lichtbildvorträge oft das einzige Mittel, größere Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen zu vereinigen. Der Zentral-Bildungsausschuss hatte deshalb auch eine Reihe neuer Serien hergestellt, die sich unmittelbar und mittelbar auf den Krieg bezogen. Natürlich stand auch bei diesen Serien der Bildungszweck im Vordergrund. Auch die Märchenferien wurden für Kinderveranstaltungen viel benutzt. Erst im dritten Kriegswinter hat die Benutzung der Lichtbildzentrale erheblich nachgelassen. Mehrere Male wurden unsere Serien auch von Zigaretten, einzelnen Heeresabteilungen und Garnisonen in Anspruch genommen.

Seit Anfang Juni 1914 fanden 24 Nachwahlen zum Reichstag statt, die bis auf zwei „bürgerlich“ erledigt wurden. In Mannheim wurde an Stelle von Genossen Frank der Genosse West, in Hamburg III an Stelle von Genossen Mehger Genosse Stubbe, in Reichenbach an Stelle von Kühn Genosse Müller, in Köln an Stelle von Hofrichter Genosse Meerfeld gewählt. In einem Wahlkampf kam es im 11. hessischen Reichstagswahlkreis, wo die Konföderation an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Giese den nationalen alldeutschen Agitator Dr. Wildgrube aufstellte. Nur zwei Kandidaten standen sich gegenüber. Während bei der Hauptwahl 1912 für Lipinski 11 212, für den Konservativen Dr. Giese 10 326 und für einen Freisinnigen 4338 Stimmen abgegeben waren und bei der Stichwahl für Lipinski 12 840 und für Giese 13 328 Stimmen, erhielt bei der Nachwahl Lipinski 6332 und Dr. Wildgrube 7978 Stimmen. Ein eigenartiger Wahlkampf entwickelte sich in Spandau, wo Liebnichts Mandat durch dessen Verurteilung für ungültig erklärt war. Auf der Reichskonferenz, auf der die Kandidatenfrage geregelt werden sollte, hatte man erst einen Beschluß durchgedrückt, daß bei der Wahl eines Kandidaten nur die Stimmen gültig sein sollten, die für einen Anhänger der Parteiopposition abgegeben wurden. Dadurch erlangte man eine Mehrheit für einen Kandidator Mehring, gegen die der Bezirksvorstandsvertreter Einspruch auf Grund § 19 des Parteistatuts erhob, weil bei den Kandidaten eine engere Wahl zwischen Stahl, der die meisten Stimmen auf sich vereinigte, und dem die nächste hohe Zahl erreichenden Kandidaten erforderlich sei. Dem Protest in einer späteren Konferenz zur Erledigung kommen konnte, beschloß man den Anschlag der Organisation an die in der bekannten Konferenz im Januar gegründete Organisation der Opposition, den späteren „Unabhängigen“. Das zwang zur Sammlung der der Partei treu gebliebenen Genossen und zur Auffstellung einer eigenen Kandidatur. So gab es nun einen Wahlkampf zwischen unseren Genossen und den Anhängern der Spartakusgruppe. Das Wahlergebnis war folgendes:

Table with columns: Abgegeben gültige Stimmen, für Stahl, für Mehring, Verplüßert.

Damit war schlagend bewiesen, daß die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen in diesem Kreise nicht auf dem Boden der Spartakusgruppe steht, sondern für den Genossen Stahl gestimmt hat. Wäre selbst der prozentuale Anteil der Gegner so groß gewesen wie bei der Stichwahl 1912, als von 100 abgegebenen Stimmen 47,1 auf den Gegner entfielen, dann wären 10 378 Stimmen von Gegnern abgegeben, also 11 517 von Sozialdemokraten, wovon Mehning 5010 erhielt, also 6493 auf Stahl entfallen wären. Nun wird aber kein Mensch behaupten, daß die Gegner sich mit solchem Eifer für die Wahl eines Sozialdemokraten einsetzen wie für den eigenen Kandidaten. Das wird auch durch den Umstand bewiesen, weil die Stimmen für Genossen Stahl besonders zahlreich in den Arbeitervierteln Spandaus waren.

Bei der Landtagswahl im 11. Berliner Wahlkreis wurde Mehning für Liebnichts in das Dreiklassenparlament gewählt. In den Gemeindevetterschaften sind bei der Erneuerung des Bürgerbüros wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Ein Wandel ist infolgedessen eingetreten, als in zahlreichen Gemeinden Parteigenossen als Stadträte, Mitglieder der Schulkommissionen usw. gewählt und bestätigt wurden, so daß nun in mehr als 100 Städten sozialdemokratische Stadträte ihres Amtes walteten.

Die Parteipresse hat in der Berichtszeit eine furchtbare Belastungsprobe gestanden und auch sonstig bisher bestanden und wird, ja muß sie auch bis zur Beendigung des Krieges bestehen. Der Borso, alle Propaganda der Partei während des Krieges zu erhalten, konnte im allgemeinen bisher durchgeführt werden. Nur das kurz vor Ausbruch des Krieges für Oberbessien errichtete Unternehmen in Rattowitz mußte geschlossen werden und einige kleine Kopialblätter wurden mit ihren Stammbüchern zusammengelegt. Das und der Übergang einiger Parteiblätter zu der neuen Partei der Unabhängigen hat zur Folge gehabt, daß die Zahl der sozialdemokratischen Titularen von 91 am 31. März 1914 auf 80 am 31. März 1917 gesunken ist.

Weiter haben die Einberufungen zum Heeresdienst auch einen erheblichen Rückgang der Abonnentenzahl zur Folge gehabt. Während wir am 31. März 1914 mit 1 458 345 Abonnenten der Tagespresse einschließlich der „Gleichheit“ abgeschlossen, sank diese Zahl bis zum 31. März 1915 auf 1 060 891 und bis zum 31. März 1916 auf 900 731 und schloß am 31. März 1917 mit 762 757 ab. Das ist ein Rückgang um 46 Prozent. Er beweist, daß die sozialdemokratische Presse nicht überall in den Arbeiterfamilien hinreichend fest wurzelt, so daß mit dem Fortgang des Krieges mehr zu dem Abonnement eines bürgerlichen Blattes übergegangen wurde.

Immerhin scheint der Rückgang an Abonnenten jetzt bereits einem bei fast allen Blättern bemerkbaren Abonnentenrückgang zu weichen. Die Abonnentenzahl einzelner Blätter steigt andauernd in erheblichem Maße. Das ist besonders auch bei dem „Vorwärts“ der Fall, dem durch den gegen ihn beschlossenen Boykott ein Teil seiner Leser abhandelt war. Die Lehren, die in wachsender Zahl zurück. Im Juli hat er allein 10 000 neue Abonnenten gewonnen. Der „Vorwärts“ konstituiert sich ein besonderes Kapitel in dem Bericht, dessen Inhalt jedoch schon ausführlicher, mit Dokumenten belegt, aus der zur Klarstellung des Kontextes herausgegebenen Geschichte des Parteivorstandes bekannt ist.

- Konferenzen der Redaktion unserer Parteipresse haben während des Krieges drei stattgefunden, und zwar am 28. September 1914, 15. Mai 1915 und 19. August 1916. Alle drei Konferenzen beschäftigten sich mit der politischen Situation. Die Konferenz im September 1914 hatte auf Vorschlag des Parteivorstandes für die Haltung der Parteipresse im Krieg folgenden Leitsätzen zugestimmt: 1. Die Parteipresse soll dem Hurrapatriotismus und chauvinistischen Treibereien entgegenwirken; 2. Anceylonsgelüste bekämpfen; 3. bei Berichten über Kriegsverlust, Gejungenen- und Verwundetenbehandlung mit größter Objektivität verfahren und 1. auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik klar und wegwiesend sein.

Der Kattellen und ... der Partei waren durch den ...

Das Verfallensleben hat sich mit Beginn des Jahres 1915 wieder lebhafter entwickelt. Nach den Berichten der Organisationen ...

Jahr	Männliche	Weibliche	Frauen
1914-15	19 733	3182	512
1915-16	10 635	970	394
1916-17	7 131	778	200
	97 499	4980	1107

Die Partei-Korrespondenz erscheint seit Ende 1914, zeitweise wöchentlich, jetzt auf 14-tägig in einer Auflage von 15 000 Exemplaren.

Zur Freiheitsfrage ist im Juni 1915 die Flugchrift: „Sozialdemokratie und Freiheit“ erschienen, später die Broschüre: „Freiheit, Brot und gleiches Recht“.

Ein Bild des Parteilebens und all der Einzelphasen des Kampfes wie des Kampfes in der Partei gibt der Abschnitt des Berichts, der die Beschlüsse des Parteiaussschusses registriert.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses sowie die Arbeit zur Herbeiführung des Friedens durch Auslösung im Inlande sind ebenfalls die Beschlüsse des Parteiaussschusses wie die unausgeführten Bemühungen zur Einbindung einer Verständigung mit den Bruderparteien der Kriegführenden Länder.

Der Parteiaussschuss verzerrt die offenbar von einer Zerkleinerung aus geleitete unterirdische Arbeit, die darauf hinausläuft, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Parteiführung den Willen der Minorität aufzuzwingen.

Die Veröffentlichung des Aufrufs „Das Gebot der Stunde“ durch den Parteiaussschuss, zumal ohne vorherige Zustimmung mit der Partei- und Fraktionsleitung, steht nicht im Einklang mit den Wünschen eines Parteimitglieds der Partei.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 27. März 1916 erfordern die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar mit den Grundgedanken der Organisationsstatuten, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 17. Januar 1917 konstatieren die Unvereinbarkeit der Beschlüsse mit dem Ziel, die Gesamtorganisation der Partei zu befestigen.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Der Bericht der Kontrollkommission ...

Die Kontrollkommission legt zum ersten Male einen schriftlichen Bericht vor, in dem auch der schon im Jahre 1914 erstattete Bericht ...

Über bei dem Austrag der Meinungsverschiedenheiten jeder Art finden sich beide Körperschaften in dem Bestreben zusammen, das Beste für die Partei zu wollen.

Die Vorbereitung der Parteispaltung, die durch Kautsky in der „Neuen Zeit“ gefördert wurde, wollte die Redaktion des „Vorwärts“ durch einen Artikel „Politische Pflicht und Parteipolitik“ unterstützen.

Der Parteivorstand, der die Einheit der Partei zu wahren hat, mußte die Ablehnung der Kritik verlangen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1916 erfordern die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar mit den Grundgedanken der Organisationsstatuten.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Das zweite neue Eröffnung-Programm der ...

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 15. März 1915 betreffen die Übernahmestellung mit dem Bestreben des Parteivorstandes die Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Juli 1917 betreffen die internationale Konferenz in Stockholm anzufragen.

Danziger Nachrichten

An die Parteimitglieder!

Wir machen unsere Genossen auf den in der heutigen Beilage gegebenen Bericht des Parteivorstandes an den Würzburger Parteitag aufmerksam. Wegen Papiermangel mußten wir uns auf den der Parteipresse zur Verfügung gestellten Auszug beschränken.

Der vollständige Bericht wird den Parteitags-Delegierten direkt vom Parteivorstand überliefert. Eine beschränkte Anzahl hiervon wird in den nächsten Tagen eintreffen und zum Preise von 10 Pf. pro Stück in unserem Ladengeschäft erhältlich sein.

Stadttheater. Die neue Spielzeit des Stadttheaters wird am Sonntag den 16. September mit Hebbels „Nibelungen“.

Der gebürtige Siegfried — Siegfrieds Tod“ eröffnet. Spielleitung Direktor Rudolf Schaper. Der Vorverkauf beginnt Donnerstag den 13. September, vormittags 10 Uhr.

Anstelle des militärisch einberufenen Herrn Leander Hauser wurde Herr Max Fall vom Deutschen Theater-Berlin als erster jugendlicher Held und Liebhaber verpflichtet.

Für den Vorverkauf im Stadttheater sind von jetzt ab von 10—2 Uhr mittags täglich 2 Kassen geöffnet.

An der Kasse I gelangen die Plätze für Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag an Kasse II diejenigen für Montag, Dienstag und Mittwoch zur Ausgabe. — Durch diese Einrichtung wird der Kassenverkehr für das Publikum bedeutend erleichtert und beschleunigt werden.

Ausschließliche reaktionäre Parteigründung

In unserer politischen Wochenschau berichten wir über die Gründung der ausschließlichen reaktionären deutschen Vaterlandspartei in Königsberg. Selbstverständlich hatten gewisse Leute in Danzig nichts Eiligeres zu tun, als auch hier in Danzig eine Zweigorganisation zu schaffen. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ berichten frohlockend, daß der Aufruf auch hier ein „vollständiges“ Echo gefunden habe. Am Donnerstag, den 13. September, fand in dem Landeshauptmann Freiherr Senst von Pilsach einberufen war. Aus den dort gehaltenen Reden wollen wir nur hervorheben, daß der Generallandschaftsdirektor Meyer-Katmannsdorf erklärt er hätte geglaubt, bei der Friedenskundgebung des Reichstages nicht im deutschen Reich, sondern in einer Diktatornastalt zu sein. Den Präsidenten Wilson nannte er einen Lunapeer. Wir haben natürlich nicht den feinen Geschmack dieses agrarischen Führers, um uns in ähnlichen Schimpfwörtern mit diesen Herren auseinanderzusetzen. Mit der neuen Parteigründung wollen diese Leute natürlich nur ihre politischen Vorrechte, die sie bisher in Preußen-Deutschland hatten, verteidigen. Ihr Kampf gegen einen halbigen Verständigungsfrieden hat selbstverständlich auch seine Gründe. Daß diese neue Partei nicht mit der Masse des erwerbstätigen Volkes gemeinsam hat, zeigt auch eine Liste der Mitglieder, die in den Vorstand und Kreisaussschuss gewählt wurden. Es sind dies Geheimrat Rathke, Oberbürgermeister Scholz, Landeshauptmann Senst von Pilsach, Kommerzienrat Ziese, Generallandschaftsdirektor Meyer-Katmannsdorf, Zeitungsverleger Fuchs, Oberbürgermeister Merten-Elbing, Oberbürgermeister Hoffe-Thorn und Kommerzienrat Fenski-Graudenz. Diese neue Parteigründung sollte auch alle unsere Freunde auf den Plan rufen, damit die Sozialdemokratie den Kampf gegen die neuen Gegner wirksam führen kann. Unter den Gründern ist auch Zeitungsverleger Fuchs, der Besitzer der „Danziger Neuesten Nachrichten“. Dies Blatt segelt schon lange im alldeutsch-reaktionären Fahrwasser. Um so eifriger sollten unsere Freunde dafür tätig sein, um die Ausbreitung unserer „Volkswacht“ zu vergrößern.

Ueber die Versammlung der Eisenbahner

Montag den 10. September fand im Hofensaal des Schlachthofes eine öffentliche, stark besuchte Versammlung der Eisenbahner statt, die von der Ortsverwaltung des deutschen Eisenbahnerverbandes einberufen war. Reichstagsabgeordneter Bux aus Dresden hielt einen Vortrag über „Deutschlands Eisenbahn- und Verkehrsweisen und die deutschen Eisenbahner“. Redner legte dar, welchen gewaltigen Aufschwung das deutsche Eisenbahnwesen besonders nach 1871 genommen habe. Nicht minder wichtig sei die bedeutungsvolle Arbeit der deutschen Bahnen während des Krieges. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen hat sich bewährt, ebenso die Bildung der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft. Erwünscht sei eine weitere Zusammenfassung aller deutschen Bahnen in eine Reichseisenbahngemeinschaft. Verfassungsmäßig sei das auch vorgesehen. Die Organisationen der Eisenbahner hat sich jedenfalls von vornherein über das ganze Reich erstreckt. Der Vortragende führte dann weiter aus, welchen Anteil die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn an dieser großen Entwicklung hätten. Der Organisationsgedanke hat in diesem Kriege Triumphe gefeiert. Auch die Organisation der Arbeiter und Angestellten habe sich vorzüglich bewährt. Die Organisation sei eine wirksamste Schule. In ihr lerne man Pflichterfüllung und freiwillige Gehorsam gegen selbstgegebene Befehle, aber auch Rechtsbewußtsein. Der Eisenbahnerverband vertrete die Interessen der Eisenbahner und arbeite an ihrer materiellen und geistigen Vervollkommnung. Seit 20 Jahren bestche der Verband, aber erst im vorigen Jahre habe ihn die Eisenbahnerverwaltung anerkannt. Nach dieser Reorganisation habe der Verband erhebliche zugenommen. Die staatlichen Einrichtungen sollten Musterbeispiele sein und dazu wolle der Verband kräftig mitwirken. Bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes im Reichstags wurde mit einer Stimme Mehrheit der Antrag abgelehnt, für die Eisenbahnerverwaltungen Arbeiterschüsse vorzuschreiben. Der Eisenbahnminister hat aber zugesagt, sie freiwillig einführen zu wollen. Wo das noch nicht geschehen ist, müßten die Organisationen darauf hinwirken. Weiter müsse der Genossenschaftsgeist gepflegt werden. Nach dem Kriege würden sich neue große Aufgaben ergeben. 60 bis 70 Millionen Männer seien drei Jahre lang in Europa der kulturellen Tätigkeit entzogen worden. Das bleibe nicht ohne Folgen. Man werde Jahre lang arbeiten müssen, um nur die Kriegsschäden wieder gut zu machen. Die Teuerung werde nach dem Kriege nicht aufhören und die Teuerungszulagen müßten deshalb in dauernde Lohnerhöhungen verwandelt werden, die ja durch die Erhöhung der Eisenbahntarife auch durchzuführen ist. Die Klust zwischen den Arbeitern und Angestellten sei durch die Not des Krieges verringert worden, in dem Verbands sei man gemeinsam organisiert. An den Vortrag schloß sich eine Aussprache, in der zunächst beklagt wurde, daß die allgemeinen Preiserhöhungen noch immer nicht zum Abschluß gekommen sind. Das werde schließlich unterträglich. Der Vorsitzende, Genosse Böpel, wies darauf hin, daß die verschiedenen Arbeiterorganisationen aufhören müßten sich gegenseitig in Eifersucht und persönlicher Behelligkeit zu bekämpfen. Man wolle eine Einheitsorganisation schaffen, in der man kameradschaftlich zusammenarbeite. Die Versammlung nahm darauf einstimmig folgende Entschliessung an:



Sonntag d. 16. Sept. Das neue erstklassige Programm! Neu für Danzig!

Grete Ernst, Sängerin zur Laute; Almaro II, Die weiße Venus; H. Wienert, Humorige prolongiert; Harry Hartweit, upke. Excentric; Leoben Berg, Pünktige Liebhaber; Orlan, Lichtkämpferin; O. diese Liebesgaben II, Operette v. H. Marcellus.

Bildungs-Vereins-Haus, Hintergasse 15, an der Hundegasse, 3 Minuten von der Lang-Gasse entfernt!

Die am Montag den 10. September 1917 im Lokale zum Schlachthof lagende öffentliche Eisenbahner-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Reichstagsabgeordneten Wilhelm Buch-Dresben, einverstanden. Ferner nimmt die Versammlung Kenntnis von der erfolgten Erhöhung der Feuerungszulagen. Jedoch bedauert die Versammlung erklären zu müssen, daß diese Erhöhung durchaus nicht als ausreichend bezeichnet werden kann, daß vielmehr eine Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pf. nach wie vor notwendig ist. Weiter fordert die Versammlung:

Ein neues Bild vom Wohnungselend der linderreichen Familien

Dazu wird uns geschrieben: Am Juli 1916 mußte die mit 8 unter 14 Jahre alten Kindern gesegnete Familie eines Arbeiters in Kiel ihre Wohnung aufgeben, weil der Hausbesitzer mehr Miete verlangte, die sie aber nicht bezahlen konnte. Nach langem, vergeblichem Suchen wandte sich der Mann an die Behörden, die ihm eine Wohnung in den Baracken in Projensdorf anwies. Diese Wohnung konnte der Arbeiter aber nicht annehmen, weil sie sich ihm besten Willen mit seinem Beruf nicht in Einklang bringen ließ. So blieb ihm schließlich nichts anderes übrig, als in dem Hofe Harriesstr. 26 einen Pferdestall zu beziehen, in welchem die Familie nun schon über ein Jahr lang haust. Dieser Stall ist 4,50 Meter lang und 3,50 Meter breit. Der Hauswirt, dessen Namen die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, der wir diese Mitteilung verdanken, nicht verschweigt, heißt K. H. Theede und ist wohlbestellter Rentner. Er hat an dieser „Wohnung“ nichts machen lassen. So, wie das Pferd aus dem Stall geholt wurde, blieb die Wohnung, sogar Krippe und Futterraufe bleiben an Ort und Stelle. Früher waren die Wände einmal gestrichelt. Jetzt ist der Putz abgefallen und sie sind feucht. Der Fußboden ist mit gewöhnlichen Pflastersteinen belegt. Ein etwa 60 Zentimeter im Geviert großes Fenster sorgt dafür, daß etwas Dämmerlicht in die „Wohnung“ dringen kann. Doch mußte der Mieter das Fenster selbst einsehen lassen. Ebenso mußte er sich selbst einen kleinen eisernen Ofen beschaffen, der die Behaulung im Winter nordtieflich erwärmt. Ein Sofa, ein Tisch, einige Stühle und ein Bett für die beiden Eheleute bilden die Ausstattung dieses Wohnzimmers. Die Kinder schlafen im Sommer auf dem Heuboden, zu dem sie auf einer Leiter hinaufklettern müssen, im Winter in einem lichtlosen Schuppen, der früher zur Aufbewahrung von Kohlen diente. Einen Abort gibt es nicht. Vor der Behaulung zieht sich eine Platte hin, an der sich das Schmutzwasser hingießt und Gestank verbreitet, der sich mit dem vermischt, welcher einer vor dem Fenster befindlichen Urnargrube entströmt. Und für die. Doch mußte der Mieter bis zum 1. Juli monatlich sage und schreibe 30 Mark (dreißig Mark) Miete bezahlen. Als aber vom 1. Juli an durch eine Verordnung des Gouverneurs eine Mietssteigerung bis zu 7 1/2 Prozent gestattet war, da mußte der mietscheuere Hauswirt diese Erlaubnis völlig aus und seit der Zeit muß der Familienvater monatlich 32,25 Mark Miete zahlen. Die Wohnungsnot der linderreichen Familien ist himmelstreichend. Es wird die allerhöchste Zeit, daß hier energisch Wandel geschaffen wird. Wie sollen in solchen Löhnen die Kinder, auf deren Schultern die Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes ruht, gedeihen?

Wie die Wohnungsverhältnisse in Danzig beschaffen sind, hat erst kürzlich der Stadtverordnete Kurt Siebenfreund durch ein Flugblatt zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Dieser hier geschilderte Fall sollte allen sozial Denkenden Veranlassung geben, dafür zu sorgen, daß die Wohnungsnot durch den Bau neuer Wohnungen so schnell wie möglich gemildert bzw. beseitigt wird.

Ein wirksames Mittel gegen die Ruhr

Die Wurzel der einfachen Brombeere wird in kleine Würfel geschnitten und getrocknet. Im Notfall kann man sie auch frisch verwenden. Von der getrockneten Wurzel nehme man auf drei Pfund Wasser zwei volle Eßlöffel, koche sie 20 Minuten gut ab und trinke dann den Tee so heiß wie möglich. Sollte der Patient die erste Tasse Tee nicht in sich halten können, so lasse man sich nicht abschrecken, sondern nehme die zweite und auch die dritte Tasse Tee. Er darf nur ohne Zucker getrunken werden. Bei Kindern koche man den Tee dem Alter entsprechend schwächer.

Gemüse und Obst

Infolge der starken Entrüstung in der Danziger Bevölkerung wegen der sehr hohen Höchstpreise für Gemüse, die nur von den Vorständen der Provinzialstelle für Gemüse und Obst festgesetzt worden, ist eine Vollziehung der Provinzialstelle veranlaßt worden, die am Donnerstag den 6. September im Danziger Rathause tagte. Nach einer einseitigen Rede des Vorstehenden, Landrat von Auer, fand eine allgemeine Debatte über das eigenmächtige Verhalten des Vorstandes bei der Festsetzung der Höchstpreisfestsetzung statt, an der sich Stadtverordnete Auer, der Sachverständige der weispr. Landwirtschaftskammer Coers und Genosse Gehl beteiligten. Letzterer erklärte die eigenmächtige Höchstpreisfestsetzung durch den Vorstand, die den Verbraucherkreisen unnötig hohe Geldausgaben verursacht habe infolgedessen, als vor dieser Höchstpreisfestsetzung z. B. Weißkohl 20 Pf. und grüne Bohnen 30 Pf. per

Pfund gekostet haben. Der Vorstand erhobte dies in der Danziger Markthalle geforderten Preise, ohne daß ein stichhaltiger Grund dafür vorlag, auf 30 bzw. 55 Pf. Auch laufe die Bekanntmachung an Klarheit viel zu wünschen übrig. Das habe sich besonders bei der Bestimmung über den Verkauf von Gurken gezeigt. Niemand mußte, ob Gurken Stück- oder pfundweise abgegeben werden mußten. Man solle die Bezeichnung der Obstsorten so wählen, daß einfache Leute sie leichter erkennen können. Dem gegenüber erklärte der Sachverständige Coers, daß eine andere Bezeichnung unmöglich sei. Die Höchstpreise für Kohl und Bohnen waren notwendig, weil vorher z. B. für Weißkohl 55 Pf. per Pfund gefordert wurden. Genosse Gehl bestritt entschieden die Richtigkeit dieser Angabe und meinte, daß, wenn die Angaben des Sachverständigen zuträfen, sich die Entrüstung in der Bevölkerung nicht bemerkbar gemacht hätte. Es könne sich in diesem Falle höchstens um Auslandsmare gehandelt haben.

Die Spezialberatung ergab folgende Preise: Rhabarber 13 Pf., grüne Stangen- u. Buschbohnen 34 Pf., Wack- und Perlbohnen 45 Pf., Puffbohnen 12 Pf., rote Möhren 15 Pf., gelbe Möhren 11 Pf., runde Karotten 20 Pf., Spinat 40 Pf., Mairüben 8 Pf., Zwiebeln 30 Pf., Wirsing- und Rotkohl 20 Pf., Weißkohl 11 Pf., Tomaten 45 Pf., Kohlrabi 25 Pf., Walnüsse 30 Pf., Kürbisse 17 Pf., Sellerie 30 Pf., Meerrettig 30, 45 und 60 Pf., Rote Rüben 17 Pf., Schwarzwurzel 60 Pf., Senfgurken 30 Pf., Einleggurken Stück 7 Pf., Salatgurken Stück 25 und 30 Pf., Äpfel Gruppe 1: 65 Pf., Gruppe 2: 45 Pf., Gruppe 3: 27 Pf., Gruppe 4: 37 Pf., Birnen Gruppe 1: 60 Pf., Gruppe 2: 40 Pf., Gruppe 3: 25 Pf., Edelplausen 50 Pf., Zwetschen und Spillen 35 Pf. Diese Preise treten aber erst nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft. Sie gelten wiederum für die ganze Provinz.

Beim Obst ist leider eine Verteuerung dadurch eingetreten, daß die Provinzialstelle für sich, die Kreisstellen und die Sammelstellen auf dem Lande eine Abgabe einführen, die eine Preis-erhöhung von rund 5,50 Mark für den Zentner ausmacht. Zum Teil waren aber die Gewinne für den Großhandel so hoch bemessen, daß die Abgabe hier eingerechnet werden konnte und der Kleinhandelspreis unberührt blieb. Ferner soll die Reichs-erhöhung von rund 5,50 Mark für den Zentner ausmacht. Zum Teil waren aber die Gewinne für den Großhandel so hoch bemessen, daß die Abgabe hier eingerechnet werden konnte und der Kleinhandelspreis unberührt blieb. Ferner soll die Reichs-erhöhung von rund 5,50 Mark für den Zentner ausmacht. Zum Teil waren aber die Gewinne für den Großhandel so hoch bemessen, daß die Abgabe hier eingerechnet werden konnte und der Kleinhandelspreis unberührt blieb. Ferner soll die Reichs-erhöhung von rund 5,50 Mark für den Zentner ausmacht.

Es wird nun Aufgabe des Magistrats sein, für eine genügende Überwachung der Höchstpreise auf dem Obst- und Gemüsemarkt zu sorgen. Die Revisionsbeamten sind gewiß sehr eifrig tätig, aber uns will scheinen, als genüge ihre Zahl nicht. Denn Höchstpreisüberschreitungen bei Obst finden ständig infolgedessen statt, als geringwertige Sorten für erste Sorten feilgehalten und gekauft werden. Das ist ein Uebelstand, der schnellstens beseitigt werden muß.

Mit dieser Forderung befinden wir uns im Einklang mit dem Kriegsamt in Berlin, das in der Nr. 27 der „Amtlichen Mitteilungen und Nachrichten“ folgendes schreibt: „Manche Ortsbehörden unterlassen ein scharfes Eingreifen aus Besorgnis, dadurch die Ware vom heimischen Markt zu vertreiben. Da nur einheitliches Vorgehen im ganzen Lande eine gleichmäßig geregelte Verteilung gewährleistet, sind im Einvernehmen mit der Reichsstelle für Gemüse und Obst die feilverbreitenden Generalkommandos und die übrigen in Betracht kommenden militärischen Stellen ersucht worden, das Einhalten der Nicht- oder Höchstpreise mit zu überwachen und im Benehmen mit den jeweils in Frage kommenden Zivildienststellen bei deren Überschreiten einzugreifen.“

Von diesem Angebot sollte ausgiebig Gebrauch gemacht werden.

Helfer für das besetzte Gebiet. Zur Verwendung bei Militärbehörden und Zivilverwaltungen im Bezirke der Etappen-Inspektion 8 in Libau werden von der Kriegsanstalt Danzig Helfer (Hilfsdienstpflichtige) für eine Reihe von Beschäftigungsarten gesucht. Insbesondere werden für den Wachdienst geeignete (möglichst gediente) Leute gesucht. Näheres ist aus der Bekanntmachung im Anzeigenteil zu ersehen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse macht in unserem heutigen Anzeigenteil bekannt, daß die Dienststunden vom 17. September ab auf die Zeit von 8-3 Uhr festgesetzt sind. Die Zahlstunden bleiben unverändert von 9-1 Uhr bestehen.

Verurteilt wurde am 10. September von der hiesigen Strafkammer die jugendliche Arbeiterin Elisabeth Schmidt zu 3 Monaten Gefängnis. Am 18. Mal sah sie in einem Haus für ein höheres Geld stehen, das in der Hand eine Brotmarke und 50 Pf. hielt, um Brot einzulösen. Die Angeklagte entriß dem Arde Geld und Brotmarke und verschwand.

Aus Westpreußen

Die Ruhrkrankheit in Ost- und Westpreußen hat auch in der dritten Augustwoche erhebliche Todesopfer gefordert. Nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes waren in der Woche vom 19. bis 25. August in Westpreußen 633 Personen an Ruhr erkrankt, 51 fielen der Seuche zum Opfer. In Westpreußen wurden 591 Erkrankungs- und 34 Todesfälle festgestellt. Im Regierungsbezirk Allenstein war die Seuche am verbreitetsten, 352 Erkrankungen und 31 Todesfälle wurden hier gemeldet. In der Provinz Westpreußen waren die Regierungsbezirke Danzig und Marienburg in gleicher Weise verheert. Im Regierungsbezirk Danzig wurden 215 Erkrankungs- und 11 Todesfälle festgestellt, darunter im Kreis Elbing 35 Erkrankungs- und kein Todesfall.

„Volkswacht und Elbing“

Unter dieser fleißigen Spinnmarke bringt die „Königsberger Volkszeitung“ zwei lange Artikel, die sich mit den Elbinger Parteiverhältnissen und unsern Bericht in Nr. 34 der „Volkswacht“ vom 25. August befassen. Auf den ersten Artikel haben wir auf Wunsch der Elbinger Parteileitung und im Interesse unseres dortigen Vereines nicht geantwortet. Dafür sandte die Parteileitung in Elbing dem Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ ein längeres Schreiben, in dem es u. a. heißt:

„Besonders sei bemerkt, daß die letzte Versammlung, in welcher der Parteisekretär zugegen war, und der Bericht in der „Volkswacht“ über den Verlauf der Versammlung bei den Elbinger Parteigenossen einen guten und beruhigenden Eindruck hinterlassen hat. Dieses wird besonders von in Arbeit stehenden Genossen bestätigt.“

Dieses Schreiben genügt der Redaktion des Königsberger Blattes offenbar nicht. Der Redakteur, Genosse Bartel, nahm vielmehr für sich in Anspruch, die Parteiverhältnisse in Elbing besser beurteilen zu können, als die dortige Parteileitung. Er sandte uns eine sehr lange Erklärung kurz vor Schluß der Redaktion für die letzte Nummer und verlangte ungelächliche Aufnahme. Wir antworteten im Briefkasten, daß wir noch Rücksprache mit dem Elbinger Vorstände die Einsendung für die nächste Nummer bearbeiten wollten. Bartel konnte aber die Zeit nicht abwarten, sondern veröffentlichte seine Erklärung vorher in seinem Blatte mit dieser Bemerkung:

„Nunmehr ist der Stand der Dinge so: Eine Parteizeitung greift einen Genossen gegen das bessere Wissen ihrer Redaktion — unvorsichtig nicht mehr zu sagen — an und macht ihm völlig unbegründete, gerade in den jetzigen Auseinandersetzungen unerwartet schwere Vorwürfe. Sie übergeht dann stillschweigend eine so sachlich unangreifbar widerlegende Erklärung der benachbarten Tageszeitung der Partei. Sie verweigert sogar einer rein persönlichen Zuschrift die Aufnahme, die die selbstverständliche Anstands-pflicht jeder Zeitung wäre. Dafür will sie die „Einsendung“ noch „bearbeiten“.“

Diese Schlussfolgerung ist vollkommen unzutreffend. Wir haben in unserm Bericht Bartel weder wider besseres Wissen angegriffen, noch „unverantwortlich schwere Vorwürfe“ gemacht. Denn wir haben nur einwandfreie Tatsachen festgestellt. Wir schreiben:

„In dieser Versammlung kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Referenten (Bartel) und dem Genosse Zippel. Die erregte Versammlung verlief vollkommen resultatlos. Dadurch war eine für die Parteiverhältnisse Elbings sehr kritische Situation geschaffen, die durch einen in der „Königsberger Volkszeitung“ erschienenen Versammlungsbericht wesentlich verschärft wurde. Die Situation sollte sich so zu, daß einige unserer dortigen Mitglieder bereits die Spaltung als gegeben ansahen.“

Mit diesen Sätzen, deren Richtigkeit jeder Teilnehmer der beiden Versammlungen bestätigen wird, und die nur Tatsachen wiedergeben, sollen wir Bartel wider besseres Wissen angegriffen und „unverantwortlich schwere Vorwürfe“ gemacht haben. Das ist uns gar nicht eingefallen. Weiter sollen wir seiner Zuschrift die Aufnahme verweigert haben. Uns ist davon nichts bekannt. Wir hielten es nur für unsere Pflicht, vor Veröffentlichung der Zuschrift mit der Elbinger Parteileitung darüber Rücksprache zu nehmen und stellten eine Bearbeitung der Einsendung für diese Nummer in Aussicht. Jeder Leser wird nunmehr ein klares Bild von der Streit-sache sich machen und feststellen können, was an den uns gemachten Vorwürfen Wahres ist. Wir verzichten auf weitere Auseinandersetzungen in dieser Angelegenheit mit der „Königsberger Volkszeitung“ auch aus dem Grunde, weil wir den Raum unseres Blattes für bessere Dinge viel notwendiger gebrauchen, als zu einer unfruchtbaren Polemik, die nur zur Freude gewisser Kreise beitragen würde.

Die zu hohen Obstpreise

„Es ist nicht jammerschade, klagt ein Einsender der „Elb-Zeitung“, daß so viel Obst dem Verderben überliefert wird, weil kein Käufer zu Höchstpreisen findet! Wer am Mittwoch mitlag über den Markt ging und die großen Obstvorräte wahrnahm, die von den Verkäufern mit nach Hause genommen werden mußten, weil sie angesichts der hohen Preise keine Käufer finden konnten, der wird bedenklich den Kopf geschüttelt haben. Leider ist es Ehrensache geworden, nicht unter Höchstpreis zu verkaufen. Höchstpreise sollen im Gegenteil die Grundlage sein, auf der sich die weitere Preisfrage aufbaut. Bekanntlich eine Elbinger Hausfrau vom Haffufer die Mitteilung: „Sie können Obst bekommen, müssen mir aber vorher mitteilen, wieviel Sie über Höchstpreis geben wollen.“ Als ob die Höchstpreise so kümmerlich bemessen wären, das dafür nicht geliefert werden kann. Bei unseren Höchstpreisen ist noch kein Verkäufer zu kurz gekommen. Im Gegenteil. Wäre es bei dieser Sachlage nicht besser gewesen, die Obststände des Wochenmarktes billiger zu verkaufen? Denn dadurch, daß es wieder mit nach Hause genommen und umgelagert werden muß, wird das Obst nicht besser. Das Sommerobst ist sowieso leichter dem Verderben ausgeliefert.“

Die hier beklagte „Verkennung“ der Höchstpreise ist leider eine ganz allgemeine Erscheinung. Dagegen hilft eben nur einzig und allein die Ausschaltung des „freien“ Handels und einzig öffentliche Bewirtschaftung bis zur Abgabe an die Verbraucher.

Sind der Partei

— Dr. Friedrich Adlers Begrüßung. Am 7. September. Der „Arbeiter-Zeitung“ zufolge sah Kaiser Karl nach Beendigung der Reichstagsarbeiten Friedrich Adlers durch den Obersten Gerichtshof die Adressen nach. Der Oberste Gerichtshof beurteilte Adlers nunmehr zu 15 Jahren Zuchthaus.

Der „Kaiserliche Friedensfreund“

Der „Kaiserliche Friedensfreund“ zufolge hob der „Königliche“ in einem zensurierten Beitrag die lächerliche Unlogik der Bismarck-Note hervor. Heute wollte der Präsident nicht mehr mit der deutschen Regierung verhandeln, während er vergingenes Jahr seinen Friedensappell an dieselbe Regierung richtete, obwohl Belgien doch auch damals befehligt und die „Lusitania“ versenkt war. Nach der heutigen Sachlage könne keine Regierung den Krieg noch länger fortsetzen, nur um die Demokratie in Deutschland einzuführen. Einen derartigen Luxus könne sich nur das an der Kriegsführung Geld verdienende, im eigenen Lande noch nicht heimgekehrte Amerika erlauben. Die abweisende Antwort Wilsons diene hauptsächlich zur Förderung seiner inneren Politik.

Scheidemann zur Wilson-Note

Von dem Berliner Vertreter der „United Press of America“ über seine Auffassung der Wilson-Note befragt, äußerte Genosse Scheidemann folgendes:

Der gereizte Ton, den die amerikanische Note anspricht, ist zunächst von dem größten Teil der deutschen Presse in der gleichen Weise beantwortet worden. Wer aber im öffentlichen Leben steht, ist es mit dem englischen Sprichwort heutzutage: „Worte brechen keine Meere“ und über allem Värm die Sache selbst nicht aus den Augen verlieren. Ich finde, daß die amerikanische Regierung ihre Kriegsgiele in einer Weise umschreibt, die so aussieht, als habe ihr das Friedensprogramm des Reichstages

als Unterlage gedient. Der Reichstag fordert in diesem Programm bekanntlich den Frieden der Verständigung und der dauernden Verbesserung der Völker. Er erklärt, daß mit einem solchen Frieden erzwungene Gebietsveränderungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar sind. Er weist alle Pläne, die auf wirtschaftliche Absperrung und Verdrängung der Völker nach dem Kriege abgesehen, zurück. Er erklärt, daß er die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern wird.

Wollte man die amerikanische Regierung einverstehen. Die Frage entsteht: Warum führt sie dann gegen uns Krieg? Sie beantwortet diese Frage damit, daß ihr die gegenwärtige deutsche Regierung nicht geeignet erscheint, als Garant für den kommenden Frieden aufzutreten. Dazu bemerke ich, daß der Reichstag, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung des deutschen Volkes, bereit ist, die Garantien für den kommenden Frieden mit zu übernehmen. Der Gedanke, daß dieser Frieden von den Völkern selbst garantiert werden soll, ist vollkommen richtig, wenn er auch von der amerikanischen Regierung in eine Form gekleidet wurde, die für die deutsche Regierung verwerflich ist. Formen für diese Garantie, die nach meiner Meinung gar nicht tief genug in den Völkern verankert werden kann, müssen in den nächsten Friedensverhandlungen gefunden werden.

Praktisch sieht m. E. die Sache so aus: Nach diesem entsetzlichen Verlaufe wird jedes Volk mindestens für ein Menschenalter auf der Erde sein, einen neuen Krieg zu führen, es wäre denn, daß es durch den Friedensschluß in eine ganz verzweifelte Lage versetzt würde, so daß es, sollte es was es wolle, einen Ausweg finden müßte. Ein solcher Friedensschluß wird aber weder vom amerikanischen noch vom deutschen Volke gemißt. Der Frieden nach dem Kriege wird also durch das automatisch wirkende Gesetz der Erschöpfung in der sehr langen Zeit gesichert sein. In dieser Zeit wird die Sache der Demokratie und des Sozialismus in allen Ländern rapide voranschreiten und dann wird es möglich sein, die Sicherungen des Völkervertrages noch stärker zu festigen und auszubauen. Ich glaube also, daß dieser Krieg tatsächlich der letzte ist, der zwischen den großen zivilisierten Völkern geführt wird.

Zur Erreichung dieses Zieles ist alles weitere Blutvergießen vollständig überflüssig. Wenn man das in Amerika nicht glaubt, so unterschätzt man die Macht des Deutschen Reichstages und die Stärke der deutschen Bewegung, die unaufhaltsam zur Demokratisierung des ganzen irdischen Lebens drängt. Die Demokratisierung schreitet in Deutschland fort, obwohl, wie man auch in Amerika weiß, der Krieg die schlechteste Gelegenheit zur weiteren Entfaltung demokratischer Einrichtungen ist. Deutschland ist jetzt schon auf dem Wege zur Demokratie; es wird auf ihm auch weiter fortgeschritten, wenn der Krieg noch länger dauert, es wird aber desto rascher vorwärts kommen, je schneller die Hindernisse des Kriegszustandes aus dem Wege geräumt werden. Der Friedensschluß bedeutet schon morgen Demokratie und geistlichen Frieden für die ganze Welt. (S. 247.)

Deutschland

Reichstagsauflösung in Sicht?

Die „Neue politische Korrespondenz“, die zuweilen offiziös herumwinkt, bringt folgende Mitteilung, die ihr „von sehr gelehrten Kreisen“ zugeht:

Die fortgesetzten Erörterungen über eine Auflösung des Reichstages entbehren der praktischen Bedeutung, weil eine solche Absicht jedenfalls in Betracht kommt. Die Regierung zeigt den ersten Willen, mit dem Reichstage an erreichbaren Zielen zusammenzuarbeiten und nach aller Auseinandersetzungen über Parlamentarisierung usw. kann man sich auf weiteres annehmen, daß es auch die Mehrheit auf eine Probe mit der Regierung nicht ankommen lassen wird. Der Reichstagspräsident hat den Rahmen hinreichend klar und fest umschrieben, innerhalb dessen er eine engere Fühlung zwischen Regierung und Reichstag herstellen will. Man darf zur Entschlossenheit des Reichstagspräsidenten das Vertrauen haben, daß er sich von diesem Wege nicht abdrängen lassen wird. Im übrigen werden den Mehrheitsparteien durch ihre Haltung bzw. durch die Stellungnahme einzelner Mitglieder große Schwierigkeiten erwachsen, die eher im Zunehmen als im Abnehmen begriffen sind. Die Erörterungen über eine Reichstagsauflösung hingegen sind geeignet, diese Schwierigkeiten zu vermindern.

Dunkel ist der Rede Sinn! Der Kernpunkt der Ausführungen scheint in den Worten zu liegen: Die Mehrheit des Reichstages wird es in eine Kraftprobe nicht ankommen lassen. Dieser Mehrheit ist über ihr Weg durch die Friedensresolution vorgeführt, von dem sie sich hoffentlich auch nicht abdrängen lassen wird.

Friedenshoffnungen des Kanzlers

Dem Reichskanzler Dr. Michaelis wurde bei seiner Abreise von Stuttgart auf dem Bahnhof von einer Menschenmenge eine Resolution dargebracht. Der Kanzler trat ans offene Fenster des Waggons und rief der Menge zu: „Hoffen wir, daß wir noch in diesem Jahre Frieden bekommen.“

Wir wissen nicht, auf was sich diese Hoffnungen des Kanzlers beziehen. Nach dem allgemeinen Stand der Dinge, wie sie der gewöhnliche Sterbliche sieht, kann man nicht annehmen, daß wir noch in diesem Jahre Frieden bekommen. Na, neue dunkle Völkern stehen im Krisenstadium herauf. Nach den „Baller Nachrichten“ scheint sich Japan noch an Kriege aktiv beteiligen zu wollen. Sämtliche europäischen Diplomaten und Konsuln haben in allen amerikanischen Häfen Befehle erhalten, die sich auf die bevorstehende Einberufung der japanischen Kontingente beziehen. Die Zahl der sich auf dem amerikanischen Kontinent aufhaltenden Japaner wird auf 1 Million geschätzt.

Der Kampf gegen den Reichstag beginnt

Die freikonservative „Schlesische Zeitung“ veröffentlicht einen Aufruf an die „Schlesier“ in dem es heißt:

„Das deutsche Volk steht nicht hinter diesen Volkverratern! Wir verlangen Einigkeit im Innern und härteste Bekämpfung unserer Feinde bis zu dem Frieden, den Deutschland braucht!“

Unterzeichnet ist der Aufruf von auffallend viel Beamten aller Stände der Berg-, Post- und Eisenbahnenverwaltung, sowie von Handarbeitern.

Die alldeutsche Partei

Die unlängst von jugene alldeutsche Gründung ist wohl das Wert des bekannten Führers, Generallandchaftsdirektor Rapp, Königsberg, der wegen seiner unerhört heftigen Angriffe gegen Bethman Hollweg aus seinem Amte scheiden mußte. Um dem angekündigten Zerfall der verschiedenen „Parteilagen“ im Reich zu wehren, hat er noch eine neue Partei gegründet. Unter dem Aufschwung, den er verdrückt, sind die Namen des angelegentlich fortgeschrittenen Oberbürgermeisters Dr. Kötze, Königsberg, Stadtrat Meyer - Königsberg, Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Dicksel-Königsberg, Kommerzienrats Heumann-Königsberg, des Listler Oberbürgermeisters Pohl, des Inhabers der Schöckel-Werke Dr. Fiese und andere zu finden. Die Gründer der Partei haben sich an den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg und an den Großadmiral v. Tirpitz gewandt, um diese beiden Herren zu bitten, die Führung dieses Wertes des Herrn Rapp zu übernehmen, die beide haben zugestimmt und was diese neue Partei eigentlich will, das ergibt sich aus folgenden Sätzen des Aufrufs:

„Weite Kreise des deutschen Volkes stimmen mit der Stellungnahme der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit zu den wichtigsten Lebensfragen des Vaterlandes nicht überein. Sie erblicken in dem Verlaufe, gerade jetzt, wo des Reiches Schicksal auf dem Spiele steht, Kämpfe um Verfassungsfragen hervorzuheben und in den Vordergrund zu stellen, eine Gefährdung des Vaterlandes und eine wenn auch nicht gewollte Förderung unserer Feinde. Sie sind der Ansicht, daß der vor dem Kriege gewählte Reichstag tatsächlich nicht mehr die Vertretung des deutschen Volkswillens darstellt.“

Wir wollen keine innere Zwierracht! Ueber innerem Haber vergessen wir Deutsche zu leicht den Krieg. Der Feind vergißt ihn seinen Augenblick! Die in der Deutschen Vaterlands-Partei zusammengeschlossenen Deutschen verpflichten sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bis zum Friedensschluß der innere Zwist ruht. Mag der Einzelne zu den innerpolitischen Streitfragen stehen, wie er will, die Entscheidung hierüber ist der Zeit nach dem Kriege vorzubehalten. Dann sind unsere Tapsen aus dem Felde heimgekehrt und können am inneren Ausbau des Reiches mitwirken. Jetzt gilt es nur zu siegen!

Wir wollen keinen Hungerfrieden! Um einen Frieden bald zu erreichen, müssen wir nach Hindenburgs Gebot die Nerven behalten. Tragen wir wächtig Not und Entbehrungen, so wird dem Deutschen Volk ein Hindenburg-Frieden zuteil werden, der den Siegespreis ungeheurer Opfer und Anstrengungen heimbringt.“

Die neue Partei ist also hauptsächlich gegründet worden, zum Kampf gegen die gegenwärtige Mehrheit im Reichstag und in der Hauptsache, um die Friedensstimmung abzukschwächen, die in der Erklärung, der Reichstagsmehrheit zum Ausdruck kam. In Wirklichkeit bedeutet die neue Partei einfach eine Organisation mehr, denn die Leute, die ihr angehören, haben bisher schon den Kampf für ihre Ziele innerhalb des Rahmens anderer rechtsgerichteter Parteien geführt.

Ob diese Herrschaften es durch Beeinflussung der „maßgebenden Stellen“ zum Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstagsmehrheit und damit zur Auflösung des Reichstages treiben wollen, ist nicht klar ersichtlich, aber denkbar.

Die „innerpolitischen Streitfragen“ würden bei eventuellem Wahlkampf aber sicher nicht verstimmen, sondern zur klaren Entscheidung durch die Wähler führen. Daß diese Entscheidung nicht zur Freude der „Alldeutschen“ ausfällt, ist nicht zu bezweifeln. Aus diesem Grunde ist die Neugründung auch nicht von der tragischen Seite zu nehmen und kennzeichnet der „Vorwärts“ dieselbe treffend wie folgt:

Ein Mummenschanz der Alldeutschen

Wer erinnert sich nicht vom Theater her, wie ein geschickter Regisseur, um den Eindruck vorbeiziehender Massen zu erzielen, dasselbe Häuflein Statisten ein Duzendmal hintereinander über die Bühne marschieren läßt? Naiven Gemütern fällt es gar nicht auf, daß es immer wieder dieselben sind. Dieser Mimikergesell, wie sie nach ihren Erfindern genannt wird, heben sich mit Geheiß die Alldeutschen. Sie sind ja in der peinlichen Lage, mit einer Handvoll Professoren, Oberlehrern, Scherindustrieller, Großagrarien und Generalen a. D. die „große Mehrheit des deutschen Volkes“ repräsentieren zu müssen. In ständig neuer Kostümierung wird deshalb das Häuflein ihrer Anhänger auf die Bühne getrieben. Bald erscheinen sie als „Alldeutscher Verband“, bald als „Unabhängiger Ausschuss“, bald als „Ausschuss zur raschen Niederkämpfung Englands“, bald als „Patriotischer Männerverein“, „Deutsch-nationaler Verband“ usw.

Jetzt ist eine neue Kostümierung im Entstehen. Nachdem man im Gewande verschiedener Ausschüsse und Vereine dem Publikum schon allzu bekannt geworden ist, versucht man es nunmehr als Partei.

Ein Blick genügt, um zu erkennen, daß wir es hier mit einer neuen Verwandlungsform der Alldeutschen zu tun haben. Dafür ürger allein die Namen der Haupter Tirpitz war ja von jeher der erklärte Mann der Alldeutschen und der Generallandchaftsdirektor Rapp hat sich bei ihnen durch jene Schmähschrift einen Namen gemacht, die der Vorgänger des jetzigen Reichstagspräsidenten im Sommer 1916 derartig vor dem Reichstag festnagelte, daß ein großes allgemeines Urtadeln von dem Gezeichneten entstand. Das Geltungsteil an der neuen Partei ist, daß sie sich selbst als Partei bezeichnet und doch — wohl aus zarter Rücksichtnahme auf Konservative und Nationalliberale — leugnet, eine zu sein. Wir lehnen es ab, hieran herumzudeuteln, denn ein vollkommener Widerspruch bleibt gleich geheimnisvoll für Weiße wie für Loren.“ Große Bedeutung ist der neuen Partei nicht beizulegen. Es ist halt nur eine neue Kostümierung bekannter Männer, die nach dem Rezept Karl Mauer und seiner 80 Räuber handeln: „Zugleich soll jeder sein Weisheit önen lassen, damit unsere Zahl um so fürchtbarer erscheine.“ — Als jüngst aus England die Gründung neuer Parteien gemeldet wurde, bezeichneten das alldeutsche Blätter als Zeichen wachsender Nervosität. Sehr sind die Alldeutschen selber von der englischen Partei heil befallen.“

Polen

Einsetzung eines Regentenschaftsrats

Die amtlich angekündigte Einigung der verbündeten Regierungen über den weiteren Ausbau des polnischen Staatswesens, die in wenigen Tagen bekanntgegeben werden soll, läuft, wie wir hören, auf die Einsetzung eines Regentenschaftsrats hinaus, der voraussichtlich aus drei Mitgliedern bestehen wird. Als Vorsitzender des Regentenschaftsrats ist dem Vernehmen nach der bisherige Erzbischof von Lublin, Graf Szepietki, in Aussicht genommen. Ein anderes Mitglied des Regentenschaftsrats wird der Fürst Lubomirski sein, das dritte Mitglied scheint noch nicht endgültig bestimmt zu sein. Der ebenfalls dreigliedrige sogenannte „Liquidationsausschuss“ des bisherigen Staatsrats, der sich zurzeit im wesentlichen mit den Fragen der Lebensmittellieferung im besetzten Gebiet beschäftigt, wird durch die Einsetzung des Regentenschaftsrats in seiner Tätigkeit vorläufig nicht berührt. Die erste Aufgabe des Regentenschaftsrats wird die Berufung eines Ministeriums sein. Als Leiter dieses Ministeriums kam eine Person in erster Linie der frühere österreichische Botschafter in Washington, Graf Tarnowski, in Betracht; von seiner Kandidatur soll indes wieder abgesehen worden sein. Nach der Einsetzung des Regentenschaftsrats und des Ministeriums wird dann vermutlich auch die Ausschreibung der Wahlen für die Volksvertretung nicht lange auf sich warten lassen. Die Art des Wahlrechts wird voraussichtlich den neu eingeführten polnischen Gesetzen selber überlassen bleiben. Sätze des Parlaments endlich wird die Beschlußfassung über eine Verfassung und demnach die Wahl eines Monarchen sein.

Rußland

Das neue Wahlrecht

Zürich, 6. Sept. Die russische Regierung hat das Gesetz über die Wahlen zur konstituante genehmigt. Die Wahlen vollziehen sich auf Grundlage des gleichen und direkten Wahlrechtes und der Verhältniswahl. Petersburg und Moskau sollen besondere Wahlbezirke werden. Wahlberechtigt ist jeder russische Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts von über 20 Jahren. Milliarperson sind ebenfalls wahlberechtigt. Jede Kandidatenliste ist von mindestens 100 Wählern eigenhändig zu unterzeichnen, jeder Wähler darf nur eine Liste unterzeichnen, jeder Kandidat von mehreren Bezirken ist höchstens für 5 Bezirke wählbar.

Sozialistischer Sieg in Petersburg

B. L. B. Bern, 9. September. Der „Matin“ meldet aus Petersburg: Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen übertrifft in politischen Kreisen lebhaft. Die Sozialrevolutionäre erhielten 120 000 Stimmen, die Leninisten 80 000, die Kadetten nur 58 000 Stimmen. Die Niederlage der Kadetten werde umso mehr beachtet, als man geglaubt hat, sie würden den Sieg davontragen. Allgemein sei man der Ansicht, daß die lärmende Opposition der Kadetten gegenüber dem Arbeiter- und Soldatenrat viel gemäßigtere Elemente in die Reihen der Leninisten getrieben hat. Außerhalb schienen sie infolge ihrer Weigerung, mit der provisorischen Regierung ernstlich zusammenzuarbeiten, viele Stimmen verloren zu haben.

England

Die Gründe der englischen Stockholmgegnerchaft

Bern, 9. Sept. Arnold Bennett erörtert in einem Aufsatz in der „Daily News“ die Gründe der Gegnerchaft gegen die vorläufig aufgegebene Stockholmer Konferenz. Mit Bezug auf die britische Opposition schreibt Bennett u. a.: Unsere herrschenden Klassen erstreben zwei Dinge, nämlich den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege und eine gewaltige Ausdehnung des britischen Reiches in Asien. Wenn unsere diesen Zielen abholden Arbeiterklassen die Friedensbedingungen festzusetzen hätten, würden sie so ausfallen, daß die heiberische Klasse unmöglich würden. Das allein erklärt ausreichend die Gegnerchaft gegen die Konferenz. Aber der Grund für die Opposition liegt noch tiefer. Er liegt in der grundsätzlichen Ablehnung der herrschenden Klassen gegen den Gedanken, daß die Masse des Volkes irgend etwas mit der Festlegung der Friedensbedingungen zu tun haben dürfte. Die Forderung, daß die internationalen Angelegenheiten das Vorzugsrecht einer exklusiven Klasse sind und sein sollen, hat bei der fraglichen Klasse noch immer Geltung. Die Cecil, typische Vertreter dieser Klasse, haben sich noch neulich in diesem Sinne ausgesprochen. Balfour, ein äußerst gefährlicher Feind der Demokratie, bringt es fertig, vor die Volksvertreter zu treten und ihren Anspruch, das Staatsamt zu lenken, zu verhöhnen. Die Volksvertreter sind so gesunken, daß nicht einer unter hundert energischen Einspruch dagegen macht. Es ist natürlich, daß in einer un-demokratischen Atmosphäre, wie der jetzt herrschenden, jeder umfassende Plan zur Teilnahme des Volkes an der Gestaltung der Friedensbedingungen von den Vertretern der privilegierten Klassen und Feinden der Volkswahl unterdrückt wird, soweit er sich unterdrücken läßt. Bennett schließt: Die Idee der Konferenz wird wieder erwachen und ihr Wiedererwachen ist von großer Wichtigkeit.

Der englische Gewerkschaftskongress zur Deckung der Kriegskosten

Der englische Gewerkschaftskongress, der in diesen Tagen in Blackpool stattfand, hat nach Meldungen aus dem Haag beschlossen, die Verstaatlichung der Bergwerke anzustreben. Die Kriegskosten dürften nicht durch Ausnutzung der weniger privilegierten Klassen gedeckt werden. Der englische Schatzkanzler hat die Verhandlung unter Führung des Parlamentsmitglieds ... abgelehnt, der ihm diesen Antrag vortrug.

Amerika

Wachstum der Friedensbewegung in Amerika

Stockholm, 9. Sept. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wie aus New York hierher gemeldet wird, ist die Friedensbewegung in Amerika in unaufhörlichem Wachstum begriffen. Die Mitgliederzahl der sozialistischen Partei stieg seit der Kriegserklärung von 100 000 auf 400 000. Ein nach Kriegsausbruch gegründeter Friedensbund zählt derzeit 2 Millionen Mitglieder. Die Friedensbewegung wächst auch in den Gewerkschaften. Gompers ist ohne sichtlichen politischen Einfluß. Die Friedenspartei erwartet Wilsons Rückkehr zur Januarpolitik, will gegen zur Politik der Friedensvermittlung, sobald die deutschen Kriegsziele besonders bezüglich Belgiens bekanntgegeben sind. Den weiteren Fortschritten des Reichstages in der Richtung einer demokratischen Neuorientierung sieht man mit großer Spannung entgegen. Nach diesen Mitteilungen dürfte die Friedensbewegung in Amerika keineswegs in dem Maße unterdrückt sein, wie man in Deutschland vielfach annimmt.

„Wahre Demokratie“

London, 8. Sept. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) „Daily Mail“ erzählt aus New York, daß gestern in Chicago die Polizei in die Bureaus sozialistischer deutscher Zeitungen und in die sozialistischen Buchläden eingedrungen ist und Dokumente beschlagnahmt hat.

Kriegswirtschaft

Aufdeckung eines großen Milchschleichhandels

In Dortmund ist einem Privat-Telegramm des „B. L.“ zufolge ein großer Milchschleichhandel aufgedeckt worden. Es wurden täglich 13 000 Liter Vollmilch heimlich eingeführt und Marktberugsberechtigten zugewiesen.

Gibt es denn gegen alle diese „Freiheiten“ des Handels keine andere Maßnahmen als nur die spätere Feststellung, daß sie geschehen, also gelungen, sind?!

Keine Kohlrübenzeit

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen eine Unterredung mit dem Leiter des Reichsausschusses im Kriegsernährungsamt, Dr. August Müller, in der dieser seine Ansicht über das kommende Wirtschaftsjahr äußerte. Dr. Müller erklärte mit unbedingter Sicherheit, daß wir eine Kohlrübenzeit wie im vergangenen Winter diesmal nicht wieder durchmachen werden. Allerdings würden wir nicht ganz auf die Kohlrübe verzichten können, doch würden wir sie nur als Gemüße neben der Kartoffel verwenden müssen. Bei dem Mangel an Nahrungsmitteln bleibe die Kohlrübe eine angenehme und wertvolle Beigabe. Die Kartoffelernte lasse sich außerordentlich günstig an, falls nicht noch die Regen im September einen Strich durch die Rechnung macht. Erst Ende dieses Monats werde man allerdings ganz klar sein können, mit welchen Mengen man rechnen dürfe. Deshalb sei die Bodenration vorläufig auf sieben Pfund festgesetzt. Sobald es gehe, wolle man mehr liefern. Er hoffe auf zehn Pfund gehen zu können. Die sieben Pfund könne man aber unter allen Umständen durchhalten.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: J. Gehl. Danzig.
Verlag: Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig.
Druck: Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Sündermannstr. 1.

